



Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen
Związek Niemieckich Stowarzyszeń Społeczno-Kulturalnych w Polsce

ul. J. Słowackiego 10, 45-364 Opole
tel./fax: 774538507, e-mail: biuro@vdg.pl, www.vdg.pl

Appell des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften an die Regierungen in Polen und Deutschland bezüglich einer Zusammenarbeit angesichts der aktuellen epidemischen Situation in Polen

Seit vielen Monaten kämpft die Welt gegen die Pandemie des Covid19-Virus an, die neben tragischen Problemen, in denen sich die Gesellschaften mehrerer Länder befinden, auch eine große zwischenmenschliche Solidarität an den Tag beförderte. Dies ändert allerdings nichts daran, dass tausende Menschen um uns herum bewusst oder unbewusst infiziert werden, viele von ihnen erkranken und die Todeszahlen täglich steigen. Die aktuelle sog. zweite Welle der Pandemie erreichte sogar beunruhigende Ausmaße als bisher gedacht. In vielen Ländern führt dies zur Gefahr des Zusammenbruches des Gesundheitssystems. Im Zuge der sehr schwierigen Pandemielage in Polen erreichen den VdG immer häufiger Anfragen von konkreten Familien, nicht nur Mitgliedern der deutschen Minderheit, die vom Tod einer nahestehenden Person oder einer solchen Gefahr betroffen sind, ob die Möglichkeit besteht eine bestünde Hilfe vom deutschen Gesundheitswesen zu erhalten. Diese Anfragen kommen einerseits wegen der Information über eine bessere Situation dieses Systems, andererseits wegen des allgemein bekannten Angebots des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier an den Präsident Andrzej Duda, Hilfe aus Deutschland zukommen zu lassen. Die viele tausende Menschen umfassende Gemeinschaft der polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität, darunter auch viele mit einer deutschen Staatsbürgerschaft, begrüßten dieses Angebot mit Freude und Stolz und verstanden dies als eine weitere edle Geste im Sinne des Vertrages „über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“, der am 17. Juni 1991 unterzeichnet wurde. Vor fast 30 Jahren wurde darin niedergeschrieben, dass beide Staaten „ihre Kräfte dafür einsetzen, den Wunsch ihrer beiden Völker nach dauerhafter Verständigung und Versöhnung in die Tat umzusetzen“ und „die Grenzen ihren trennenden Charakter auch dadurch verlieren, dass wirtschaftliche und soziale Unterschiede überwunden werden“. Angesichts der aktuellen Lage sollte erinnert werden, dass beide Vertragspartner festgeschrieben haben, „den Menschen mit seiner Würde und mit seinen Rechten (...) in den Mittelpunkt der Politik“ zu stellen.

Berührt von der Deklaration des Bundespräsidenten und ermutigt von den oben zitierten Worten des Vertrages wenden wir uns an die Regierungen Polens und Deutschlands, um zum Wohle der Menschen, die in Polen das Drama der zur Neige gehenden Möglichkeiten der medizinischen Einrichtungen in der Behandlung allein der mit der Pandemie zusammenhängenden Fälle, aber auch der Schwierigkeiten im Zugang zur Behandlung von Patienten mit anderen Erkrankungen erleben, konkrete Gespräche zu beginnen über die deklarierte deutsche medizinische Hilfe.

Einen ähnlich großen Apell richten wir an regionale und lokale Verwaltungen. Die Mehrheit der polnischen Woiwodschaften, Landkreise und Gemeinden, vor allem die in West- und Nordpolen, haben jahrelange Erfahrungen mit ihren deutschen Partnern im Rahmen von Kultur-, Wirtschafts- und Gesellschaftsprojekten, die in den letzten Jahren zur Normalität geworden sind. Wie viel mehr werden sie gebraucht in einer Situation, in der sie Menschenleben retten können.

Unverständlich und schädlich wird eine Unterlassung in einer Situation sein, in der Möglichkeiten, vor allem aber die Notwendigkeit zu Hilfeleistung und ihrer Annahme bestehen. Gute Nachbarschaft und Freundschaft verpflichten dazu in Krisensituationen mögliche Vorbehalte, ungesunde Ambitionen und politisches Kalkül auf die Seite zu stellen, um den übergeordneten Werten wie dem Retten von Menschenleben Platz zu schaffen.

Bernard Gaida
Präsident

des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen

Oppeln, den 13. November 2020